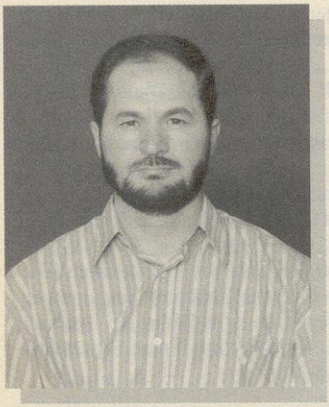

Aus dem Konflikt geboren: Interkulturelle Zusammenarbeit in der Moschee

Eine Fallstudie aus Mannheim

Seit fünf Jahren gibt es in Mannheim die bislang größte Moschee in Deutschland. Nicht am Rand oder außerhalb, sondern im Zentrum der Stadt gelegen, bietet sie den rund 20 000 muslimischen Einwohnern der „Quadratestadt" ca. 2500 Gebetsplätze; während des Opfermonats waren täglich 5000 Gläubige in der Moschee. Obwohl von der Stadt Mannheim angeregt und sehr unterstützt, gab es während der Planungs- und Bauphase Konflikte in der Bevölkerung wegen dieses Projektes. Auch innerhalb der benachbarten Kirchengemeinden gab es Kritik an dem Projekt – und doch war es in dieser Zeit, dass – wiederum auf Initiative des Ausländerbeauftragten der Stadt – ein Runder Tisch gegründet wurde, dem Vertreter der beiden im Stadtteil befindlichen Kirchen und des kommunalen Gemeinschaftszentrums angehörten. Hieraus erwuchs schließlich im September 1994 die „Christlich-Islamische Gesellschaft Mannheim". Ohne Übertreibung kann man heute sagen, dass die Gründung dieser Gesellschaft eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Akzeptanz der Moschee war. Denn ihre Gründer wollten nicht nur zuschauen, wie bei einer Bürgerversammlung der katholischen Liebfrauenkirche, der späteren Nachbarin der Moschee, öffentlich Drohungen gegen die Muslime ausgesprochen wurden, die man im Fernsehen sehen und hören konnte.[1] Runder Tisch und schließlich christlich-islamische Gesellschaft arbeiteten intensiv, um die Bevölkerung zu informieren, um Widerständen mit Aufklärung und Sachverstand zu begegnen. Aber sie hatte über diese Konfliktsituation hinaus Bestand: Noch heute trifft sich die Gesellschaft alle vier bis sechs Wochen. Sie ist zu einer festen Institution des interreligiösen Dialogs in Mannheim geworden. Der folgende Bericht über die Umstände des Mannheimer Moschee-Baus soll als eine Fallstudie schildern, wie sich interreligiöse und interkulturelle Zusammenarbeit aus der Bewältigung von Konflikten heraus entwickeln kann.

1. Phasen der Entwicklung

Der kurze einleitende Überblick über den Zusammenhang des Moschee-Baus und der Gründung der Christlich-Islamischen Gesellschaft Mannheims zeigt ein

Phänomen, das wir auch aus anderen Städten Deutschlands, z. B. Pforzheim, kennen: Obwohl im Grundgesetz Glaubens- und Bekenntnisfreiheit garantiert werden, wäre es ohne die Begleitung einer organisierten christlich-islamischen Zusammenarbeit auch in Mannheim nicht möglich gewesen, die Moschee zu bauen. In der Bevölkerung ist die Freiheit der Religionsausübung mit allen daraus resultierenden Rechten nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Die Muslime benötigen fast immer die Unterstützung der Kirchen, um ein religiöses Recht geltend zu machen. Dass diese Realität die christlich-islamische Zusammenarbeit unentbehrlich macht, ist die positive Seite der Sache. Die negative besteht darin, dass die Muslime sich dadurch neben politischer und sozialer auch in religiöser Hinsicht als Menschen zweiter Klasse fühlen. Zweifellos werden Integrationsbemühungen dadurch erschwert.

Bisher hatten sich die Mannheimer Muslime in einer alten „Hinterhofmoschee" getroffen, die in einem Stadtgebiet lag, das schließlich zum Sanierungsgebiet erklärt werden musste. So kam es allmählich und durch Unterstützung der Stadt zu dem Plan, eine neue Mannheimer Moschee zu bauen. Um zu verdeutlichen, was das für ein Projekt ist: Obwohl die Moschee in erster Linie ein islamisches Gotteshaus ist, bedeutet sie den Muslimen, d. h. vor allem den Arbeitsimmigranten in Deutschland, eine generell spirituelle Heimat, in der sie sowohl ihre Religion als auch ihre Kultur pflegen können. Denn sie besteht normalerweise nicht nur aus einem Gebetssaal mit Kuppel und Minarett, sondern sie ist zusätzlich mit weiteren sozialen und wissenschaftlichen Einrichtungen ausgestattet. Die großen repräsentativen Moscheen in der Türkei z. B. werden nach der Tradition zusätzlich von verschiedenen Gebäuden umgeben, die zur Moschee und mit ihr zum Moschee-Bezirk, dem sog. Kulliya-Baukomplex, gehören. Zweifellos ist die Moschee in erster Linie für den islamischen Gottesdienst bestimmt. Doch ist sie gleichfalls, entsprechend der Tradition des Propheten Mohammed, ein Zentrum zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse. Der Erfüllung der religiösen Gebote und sozialen Aufgaben dienen die Schulen, Bibliotheken, Druckereien, Wohnheime, Sportstätten, Garküchen, Bäder, Krankenhäuser und Heilanstalten für psychisch Kranke, die um die Gebäude herum liegen. Die alteingesessenen, großen Kirchen in Deutschland könnten einen solchen enormen Baukomplex wohl finanzieren, weil sie auf zentrale Mittel zurückgreifen könnten. Eine islamische Gemeinde aber, wie sie der Islamische Bund in Mannheim darstellt, darf keine Moscheesteuer einziehen, weil die islamischen Gemeinden nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt sind. Die einzigen Finanzierungsquellen sind der Mitgliedsbeitrag von eingetragenen Mitgliedern und freiwillige Spenden der nicht eingetragenen Moscheebesucher. Als sich der Islamische Bund Mannheim 1984 dennoch für einen Moscheebau entschieden hatte, war es ihm noch nicht so bewusst, welch ein schwieriges und von Kontroversen bestimmtes Projekt man sich für die nächsten Jahre vorgenommen hatte. Das letztlich treibende Motiv jedoch, so der Vorsitzende des Islamischen Bundes Osman Osay später während der Eröffnungsrede, war der Gedanke: „Nachdem die erste Generation sog. türkischer Gastarbeiter für immer in ihre Heimat zurückgekehrt war, entwickelte die zweite und dritte Generation neue Vorstellungen von ihrem Leben in Deutschland. Viele in Deutschland geborene Kinder

und ihre Eltern wollten für immer hier wohnen bleiben. Deshalb haben wir uns 1984 entschieden, in Mannheim eine neue Moschee zu bauen."[2] Nach Jahren der Religionsausübung in einer alten Lagerhalle wollte der Islamische Bund nun eine „neue" und „richtige" Moschee bauen, die in ihrer Architektur den islamischen Vorstellungen entsprechen sollte, d.h. mit einem Gebetssaal, mit Kuppel und Minarett und weiteren sozialen Einrichtungen, wie z.B. auch mit Bildungsräumen. Schon von weitem müsste man die Gebetsstätte als ein repräsentatives islamisches Gotteshaus erkennen können. Ebenso sollte der Innenausbau der islamischen Kultur und Religion entsprechen.

Bei der Stadtverwaltung wuchs allmählich das Bewusstsein, dass die muslimische Religion inzwischen fest in das religiöse Spektrum der Bundesrepublik hineingehörte. Die meisten Türken sind bekanntlich Muslime. Schon 1984 war deren Anzahl in Deutschland auf rund 1,5 Millionen angewachsen. Die meisten von ihnen beteten bis vor wenigen Jahren überwiegend im Verborgenen in den sog. „Hinterhofmoscheen". Auch in Mannheim hatten die Muslime dies zunächst gar nicht ändern wollen. Wegen der Sanierung ihres alten Gebäudes zum Umzug gezwungen, war es schließlich die Stadtverwaltung, die nach einer Phase des vergeblichen Suchens nach geeigneten alternativen Kauf-Objekten schließlich den Neubau einer Moschee vorschlug. Als Standort wählte man ein Grundstück am vielbefahrenen und durchaus nicht im Verborgenen liegenden „Luisenring" im Zentrums-Stadtteil „Jungbusch". Hier lebt der größte türkische Bevölkerungsanteil Mannheims.

2. Konflikte

Eine Baugenehmigung für das neue Gotteshaus zu bekommen, war gar nicht einfach. Erst im März 1993 sollte es schließlich möglich werden, den Grundstein zu legen. Plan- und Projektvorbereitung und die Genehmigungsphase dauerten insgesamt 6 Jahre. Man musste nämlich die Pläne mehrfach überarbeiten. Über vieles hatte man sich im Einzelnen zu einigen: Wie hoch durften Gebäude, Kuppel und Minarett werden? Durfte das Minarett auf der Straßenseite oder besser auf der linken, d.h. nicht gleich und leicht sichtbaren Seite errichtet werden? Generell entwickelte sich auf deutscher wie auf türkischer Seite eine flexible Kompromissbereitschaft, die Ausgangspunkt für das künftige Miteinander und das Aufeinanderzugehen der verschiedenen Religionen und Kulturen werden sollte. So hat der Islamische Bund auf den öffentlichen Aufruf des Muezzins verzichtet.

Hinzu kam die notwendige Aufklärung der deutschen Mitbewohner im problemreichen Stadtviertel „Jungbusch": Die Moscheepläne erregten die Gemüter. In den Zeitungen waren folgende Überschriften zu lesen:[3] „Wenn der Muezzin ruft, klagen die Anwohner: Geplanter Moschee-Bau im Jungbusch stößt auf Widerstand"; „Im Jungbusch regt sich Unmut: Streit wegen Moschee im Jungbusch / Bewohnerverein besorgt". Die Gegner des Moschee-Baus verstehen sich nicht als „ausländerfeindlich". Aber sie fürchten, der Jungbusch mit seinem Ausländeranteil von über 69 Prozent sei bereits randvoll mit verschiedenen Nationalitäten, und eine Moschee ziehe sicherlich wie ein Magnet weitere islamische Mitbürger an. Noch

mehr Fremde könne der Stadtteil kaum verkraften. Der deutsche Bevölkerungsanteil werde immer älter, die jungen Leute zögen wegen der miserablen Wohnqualität weg, der Jungbusch drohe, ein Ghetto zu werden. Schon heute seien 90 Prozent aller Schüler hier Ausländerkinder; zwölf verschiedene Nationen säßen nebeneinander auf der Schulbank.

Stichworte einer weiteren Zeitungsmeldung spiegeln die damalige aufgebrachte Stimmung wider: „Tumultöse Bezirksbeiratssitzung Innenstadt/Jungbusch im Stadthaus / Höhnisches Gelächter aus den hinteren Rängen / Unkontrollierte, wütende Zwischenrufe / Applaus für Herrn Gift und Frau Galle / Die Pläne des Islamischen Bundes, am Luisenring eine Moschee zu bauen, standen zur Debatte, augenscheinlich ein Thema, das die deutschen Gemüter im Jungbusch zutiefst berührt und selbst die nicht-türkischen Ausländer im Stadtteil in Rage bringt. Der Bürgerzorn brach sich Bahn, Volkes Stimme gab Laut, und da ging so mancher Ton daneben."[4]

Dagegen unterstützte die Synode der Evangelischen Kirche des Bezirks Mannheim in einem Beschluss vom 14./15. Juni 1991 das Projekt. Bei einer Umfrage zum Moschee-Neubau des Instituts für Absatzforschung und Marktpsychologie wurde deutlich, dass immerhin 31 Prozent der Bevölkerung zum Bau eine positive Einstellung hatten. Obwohl 42 Prozent das Projekt negativ sahen, war es für 15 Prozent völlig gleichgültig und 12 Prozent enthielten sich der Stimme. Mit 31 Prozent lag also die Zahl der Vertreter der Befürworter erstaunlich hoch. Auch die im Jungbusch vertretenen Parteien hatten sich für den Bau am vorgeschlagenen Standort ausgesprochen.[5] Letztlich aber ist es, wie eingangs bereits dargestellt, der unermüdlichen Öffentlichkeitsarbeit des hierfür gegründeten Gesprächskreises zu verdanken, dass der größte Teil der Bedenken gegen das Projekt friedlich ausgeräumt werden konnte. Gleichzeitig entwickelten sich während dieser Arbeit erste Ansätze eines christlich-islamischen Dialogs, denn bei ihren Sitzungen mussten die Vertreter beider Religionen immer wieder auch zu der eigenen Religion Stellung nehmen. Sie wurden herausgefordert, ihr Religionsverständnis neu zu definieren.

Nach fast zweijähriger Bauzeit wurde die neue Moschee ohne weitere Zwischenfälle am 4. März 1995 eingeweiht. Moscheeführung und Stadt Mannheim wollten nun diesem muslimischen Gotteshaus mehr als nur die üblichen Inhalte geben: Es sollte ein Haus der sozialen, interreligiösen und interkulturellen Begegnung werden, in dem auch der Eingliederungsprozess muslimischer Türken wissenschaftlich begleitet und mitgestaltet werden sollte.

3. Das Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und Interkulturelle Arbeit

Der Bau der neuen Moschee war noch nicht abgeschlossen, als im Oktober 1994 Talat Kamran in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeauftragten der Stadt Mannheim und dem Vorsitzenden des Islamischen Bundes begann, eine Konzeption für eine künftige Einbindung der Mannheimer Moschee in das städtische Leben zu entwickeln. Es galt, einem Unsicherheitsgefühl der Bürger entgegenzuwirken, die

sich wegen eines nun möglicherweise wachsenden Selbstbewusstseins der Mannheimer Muslime sorgten.

Sowohl die Vertreter der Stadt als auch die des Islamischen Bundes erkannten die Notwendigkeit, über die Tätigkeit der Christlich-Islamischen Gesellschaft hinaus effizienter und transparenter über die politischen und religiösen Absichten der Muslime zu informieren. Es sollte eine dauerhafte Einrichtung geschaffen werden, um Spannungen und eventuelle Konflikte in der Bevölkerung abzubauen. Sie sollte eine glaubwürdige Innenansicht des Moschee-Lebens ebenso wie eine aktive Informationstätigkeit nach außen ermöglichen und sowohl das Vertrauen der Stadt wie das der muslimischen Gläubigen genießen. Der Ausländerbeauftragte wünschte sich außerdem einen Ort, an dem praxisnahe ausländerpolitische Forschung betrieben werde, die die praktische Politik mit soziologischen und politologischen Kenntnissen unterstützen solle.

Es entstand so etwas wie ein Modell „Gläserne Moschee". Dies fand schließlich Gestalt in dem „Institut für deutsch-türkische Integrationsforschung und interkulturelle Arbeit".[6] Ihm obliegt die Organisation einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit, die das gegenseitige Verständnis zwischen Christen, Muslimen und den Mitgliedern der Mannheimer Synagoge fördern soll. Seit März 1995 haben die Institutsmitarbeiter und ich selbst als Islamwissenschaftlicher Leiter ca. 90 000 deutsche Besucher durch die Moschee geführt. Diese Führungen werden als planvolle Begegnungen mit einer anderen Religion gestaltet. Wir lassen uns dafür meistens zwei Stunden Zeit, um mit den Besuchern über den Islam und die Problemstellungen der muslimischen Migranten in Deutschland zu sprechen. Außerdem werden Fragen der Besucher an die muslimischen Gruppen in der Moschee weitergeleitet.

Zum Aufgabenbereich des Instituts gehören Zusammenarbeit mit den Medien, Beteiligung an und Anregung von kulturellen und religiösen Dialogen, Organisation von Tagungen in Zusammenarbeit mit den Universitäten Mannheim und Heidelberg, Publikationen und Vorträge in Schulen, Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden.

Obwohl materielle Probleme die Institutsarbeit sehr belasten, werden die Mitarbeiter von dem Ziel getragen, für einen gemeinsamen Interessenausgleich zwischen Muslimen und Christen zu wirken. Überall auf der Welt sollte kein Dogma zur sozialen Ausgrenzung führen, keine Religion die Wahrheit für den eigenen Glauben allein reklamieren und der Andersgläubige nicht als minderwertig diskriminiert, sondern vorbehaltlos akzeptiert werden. Das ist unsere Vision.

Bekir Alboğa

Anm. der Redaktion: Der Autor ist Islamwissenschaftlicher Leiter des Instituts für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und Interkulturelle Arbeit, Theologischer Bildungsreferent des Islamischen Bundes Mannheim mit dem Schwerpunkt „Islam in Deutschland" sowie Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Mannheim. Er studierte an der Universität Göttingen Islamwissenschaften und Publizistik und arbeitet zur Zeit an einer islamwissenschaftlichen Dissertation an der Universität Heidelberg.

ANMERKUNGEN

1 Süddeutscher Rundfunk, 3. Programm.
2 Vgl. R. Albert / T. Kamran (Hg.), Die neue Mannheimer Moschee – Symbol der Toleranz. Festschrift zur Eröffnung der neuen Moschee am 4. März 1995, S. 89.
3 Als Informationsquelle zum Folgenden vgl. Dokumentation II zum Bau der Moschee des Islamischen Bundes Mannheim, ^{6}1995, hg. vom Beauftragten für ausländische Einwohner der Stadt Mannheim.
4 Mannheimer Morgen vom 7. Juni 91, vgl. Dokumentation, a. a. O.
5 Vgl. Dokumentation, a. a. O., S. 17.
6 Vgl. R. Albert, Das erste Jahr der neuen Mannheimer Moschee aus der Perspektive des Instituts für Deutsch-Türkische Integrationsforschung, in: L. Hagemann / A.T. Khoury (Hg.), Auf dem Weg zum Dialog. Festschrift für Muhammad Salim Abdullah zum 65. Geburtstag, Würzburg 1996, 41–78.

„Abraham" – ein hilfreiches Modell jüdisch-christlich-muslimischer Verständigung?

Abraham hat Konjunktur. Noch bis vor wenigen Jahren waren es weltweit stets nur einige wenige, die, wie zum Beispiel die seit 1967 in Frankreich tätige „Fraternité d'Abraham", in ihren jeweiligen lokalen Kontexten unter Bezugnahme auf den gemeinsamen Stammvater eine Verständigung von Juden, Christen und Muslimen suchten. Zeitlich parallel zum israelisch-arabischen Friedensprozess ist jedoch seit dem Beginn der neunziger Jahre – vor allem in Israel und den palästinensischen Gebieten selbst, aber nicht nur dort – das Entstehen einer Fülle von Dialoginitiativen zu beobachten, die sich in ihren Selbstbezeichnungen explizit auf Abraham berufen. Ob nun ein muslimischer Scheich in Jericho ein „Zentrum für islamische Studien und für Versöhnung der Kinder Abrahams" gründet oder ein lutherischer Pfarrer in Beith Jala (Westbank) eine „Abrahamsherberge" für trilaterale Jugendbegegnungen eröffnet; ob der Internationale Rat von Juden und Christen (ICCJ) ein „Abrahamsforum" einrichtet oder sich bestehende Dialoginitiativen aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens zu einem solchen zusammenschließen – stets steht hinter solchen Initiativen die Hoffnung, eine Rückbesinnung auf den Erzvater könne aus den Sackgassen bisheriger interreligiöser Begegnungen heraushelfen.

In der christlichen Theologie hat derweil an unterschiedlichen geographischen Orten eine Reflexion unter dem Stichwort einer „Abrahams-Ökumene" eingesetzt, die sich, soweit ich sehe, aus zwei ganz unterschiedlichen Quellen speist. Dabei handelt es sich zum einen um die *Zuspitzung und Fokussierung* einer „Theologie der Religionen" – oder auch des von Hans Küng proklamierten Leitwortes „kein Weltfrieden ohne Religionsfrieden" – auf die konkreten Zusammenhänge der jüdisch-christlich-muslimischen Begegnung hin. In diesem ersten Zusammenhang stehen beispielsweise die Überlegungen, die seit 1989 im Rahmen des „International Scholars' Annual Trialogue", einer Art „think tank" (L. Swidler) von jüdischen,